

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

186 (11.8.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554619](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-554619)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Ausgang Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Allee 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und arbeitslosen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgepaltene Korpusgröße oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Kürzere Anzeigen aus kleineren als der Gesamtgröße gefertigt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Refraktur 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rühringen, Freitag den 11. August 1911.

Nr. 186.

Die Armee gegen den obersten Kriegsherrn.

„Jeder Reserveoffizier, der, sei es auch nur in der Stichwahl, für einen Sozialdemokraten eintritt, muß seinen Posten ausziehen, denn er verletzt durch die Unterstützung der antimilitaristischen Umsturzpartei seinen dem obersten Kriegsherrn geleisteten Treueid.“ Jeder gediente Soldat ist durch den Fahneneid, den er geleistet hat, Teil seines Lebens zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verpflichtet.“ Bis zum Überdruß hat uns die konfessionelle Presse in den letzten Tagen diese gedankenlosen Sätze vorgebetet. Um so erstaunlicher muß man sein, wenn eben zu derselben Zeit von einem Teil der reaktionären Presse der Versuch unternommen wird, die Armee gegen ihren Kriegsherrn aufzuspielen und daß sich höhere Offiziere an diesem Treiben beteiligen.

Es sind nicht nur die Generale a. D. Liebert, Reim, Wrochem usw., die sich mit der wilhelminischen Politik unzufrieden zeigen, auch in der aktiven Armee, will sagen, im preussischen Offizierskorps soll das Mißbehagen über die dem Kaiser zugeschriebene auswärtige Politik allgemein sein. So behauptet wenigstens die „Reinisch-Westf. Ztg.“ und sie hat hierzu, in der Armee begriffe man nicht, wozu das deutsche Volk Milliarden für seine Rüstung ausgeben müsse, wenn von ihr doch kein Gebrauch gemacht werde. Aus diesem Stimmungsbild geht hervor, daß die abenteuer- und anarchoide jungen Offiziere mit ihrem obersten Befehlshaber, dem neuerdings sogenannten „Pazifisten“ Wilhelm II. äußerst unzufrieden sind.

Was das ist noch immer ein indirektes Zeugnis. Das höchste Stütz ist es jedenfalls, daß ein höherer Offizier aus Hannover der „Vost“ für ihren bekannten Artikel gegen Wilhelm II. seine jubelnde Bewunderung auspricht. Dieser höhere Offizier, der allerdings vorsichtig genug ist, seinen Namen zu verschleiern, schließt sich nicht nur nicht der Zurückweisung an, die die „Vost“ wegen ihrer Angriffe auf Wilhelm in der „Nordd. Allg. Ztg.“ erfahren hat, sondern er tritt den Ausführungen der „Vost“ in vollem Umfange bei, indem er der Redaktion dieser Zeitung schreibt:

Der scharfe Angriff der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen den von wahrer Vaterlandsliebe diktierten Artikel der „Vost“ veranlaßt mich, der hochverehrten Redaktion warmste Zustimmung auszusprechen. — Mit tiefer Scham muß man zugeben, daß das Ausland sich über uns lustig macht. Vor einigen Jahren sagte mir ein sehr agrarisch denkender Mann, unsere Flotte ist ja nur für die Industrie gebaut. Ich war damals sehr empört über solche Verleugnung des nationalen Gedächtnisses und Stolz; ich glaube heute, der Mann hatte Recht, denn wozu dienen Armee und Flotte, wenn wir uns doch immer furchtlos an die Wand stoßen und beiseite schieben lassen? Einem patriotisch, deutsch fühlenden Mann tut es daher wohl, einmal einen kritischen Artikel zu lesen.

Der Inhalt des „kritischen Artikels“, der dem höheren Offizier eine Rundgebung „wärmer Zustimmung“ entlockt, ist bekannt. Es ist jener Artikel, der in den Worten gipfelt: Guillaume le timide, le valeureux poltron! Da man in der Armee französisch lernt, wird der höhere Offizier wohl verstehen, was diese Worte zu bedeuten haben. Sie sind jedenfalls das Größte, was zwar nicht in deutscher Sprache aber auf deutschem Boden jemals über die Person eines Oberbefehlshabers öffentlich geschrieben worden ist.

Die sozialdemokratische Presse hat mit Wilhelm II. manchen Strauß ausgefochten und manche ehrenvolle Wunde davongetragen. Ueber ihre Redakteure sind Jahrzehnte Gefängnis verhängt worden. Wir erinnern nur an den berühmtesten Kaiserinchenprozeß, einen von vielen! Damals war im „Vorwärts“ gemeldet worden, es bestehe die Absicht, auf einer Hainelinsel nächst Berlin ein besitzloses Schloss zu errichten, und es war hinzugefügt worden, solche Pläne würden in gewissen Hoffstellen gefördert, um an bestimmter Stelle die Vorbereitung von einer drohenden blutigen Revolution zu nähern. Mit keinem Wort wurde Wilhelm II. genannt, nirgendes war angedeutet, daß solche Verschwörungen nach seinem Sinne wären. Trotzdem schrieb die ganze „nationale“ Presse, die „Vost“ natürlich voran, auf Kommando: der „Vorwärts“ habe dem Kaiser Mangel an persönlichem Mut vorgeworfen, der Staatsanwalt lege hinzu, dies sei der schwerste Vorwurf, den man dem Kaiser machen könne, und der Redakteur wurde zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Ähnlich wie hier lag es in andern Fällen. Aber eine, wie sie jetzt in der „Vost“ geäußert werden, daß man in der sozialdemokratischen Presse kaum jemals vernommen. Jetzt schreibt die „Vost“, „un timide, un valeureux poltron“, und ein höherer Offizier spricht ihr dafür seine wärmste Zustimmung aus.

Selbstverständlich verlangen wir nicht, daß die „Vost“

mit dem gleichen Maß gemessen werde wie bisher die sozialdemokratische Presse, sondern wir freuen uns der erlangenen Freiheit und erwarten bestimmt, daß sie auch den sozialdemokratischen Redakteuren zugute kommen wird. Wir haben natürlich auch nichts dagegen, wenn höhere Offiziere derartigen Urteilen über den obersten Kriegsherrn beistimmen: denn als gute Revolutionäre können wir uns über derartige Zeichen der Zerkleinerung nur aufrichtig freuen. Daß in der Armee die persönlichen Gegner Wilhelm II. nicht selten sind, und daß dort aber seine Eignung zum Oberbefehlshaber im Krieg verschiedentlich im Unfalle ist, erfährt man so nicht erst heute, aber es ist doch ganz gut, wenn man dergleichen gelegentlich auch gedruckt liest. Unverständlich, ganz unverständlich bleibt es uns, warum es ein todeswürdiges Verbrechen sein soll, wenn ein Offizier der Reserve gelegentlich in der Stichwahl einen Sozialdemokraten dem Zentrumsmann oder dem Konservativen vorzieht, während es richtig und verdienstvoll ist, „wärmste Zustimmung“ auszusprechen, wenn Wilhelm II. „un timide, un valeureux poltron“ genannt wird.

Politische Rundschau.

Rühringen, 10. August.

Zum Marokkofonist.

Immer langsam voran!

Der Pariser „Temps“ läßt sich aus Berlin melden, daß die Verhandlungen noch lange dauern werden. Die Besprechungen scheinen von neuem in eine Phase verlagener Diskussion eingetreten zu sein.

Die Spanier auf Besuch.

Aus Mogador wird gemeldet, daß der spanische Dampfer „Cartagena“ von der spanischen Gesellschaft Correo von dort nach Agadir abgegangen ist. Im Bord des Schiffes befinden sich der spanische Konsul von Mogador, der holländische Konsularagent und eine Anzahl von spanischen Touristen, die sich aus Journalisten und Deputierten zusammensetzen. Diese unermüdet kommende Spitztruppe nach Agadir macht in Tanger und ganz Marokko großes Aufsehen, umso mehr, als die spanischen Ausflügler erklärten, sie würden den Offizieren des deutschen Regiments „Berlin“ einen Besuch abstatten.

Mulay Hafid gekrönt.

Aus Tanger wird gemeldet, daß der Sultan Mulay Hafid gekrönt ist. Die Anfälle sind schlimmer als je. Die sächsischen Konservativen zur Marokkofrage. Die „Sächsischen Politischen Nachrichten“, die Korrespondenz des konservativen Landesvereins, bringen folgende Erklärung:

„Der Entschluß unserer Reichsregierung, gegenüber der Verbündeten der übernommenen Vertragspflichten durch Frankreich, in Marokko endlich unsere Interessen energischer zu wahren, haben mit weiten Kreisen unseres Volkes auch die konservativen Schichten wie die Morgenröde einer neuen Epoche zielbewusster äußerer Politik begrüßt. Es liegt hierin eine herbe Kritik der Haltung unserer auswärtigen Politik in den vergangenen Jahren, wenn jetzt schon die bloße Belandung dieses doch so selbstverständlichen Entschlusses in den nationalen Teilen unseres Volkes wie eine Erleuchtung von einem lähmenden Druck begrüßt wurde. Die wahrhaft deutschfühlenden Männer verstanden es schon längst nicht mehr, wie man unserem Volke die Kosten einer so gewaltigen Rüstung auferlegen und gleichzeitig in allen Fragen äußerer Politik eine Haltung einnehmen konnte, die uns immer mehr in Gefahr brachte, in der Welt nicht mehr völlig ernst genommen zu werden. Das deutsche Volk kann von der Reichsregierung verlangen, daß sie in einer solchen, für unsere Zukunft gefährlichen Lage, die in einer solchen, für unsere spätere Zukunft bedeutsamen Frage unerlässlich ist und in einem Heere von 5 Millionen ausgebildeter und disziplinierter Streiter ihren Rückhalt findet. Nicht nur reale Interessen, auch nationale Inkompatibilitäten stehen auf dem Spiele. Mit Vertrauen blicken wir auf die letzten Jahre unserer auswärtigen Politik. Ein großes Stück neuer deutscher Geschichte liegt zur Zeit in ihren Händen.“

Der sächsische Landsturm kommt mit seiner schwülstigen Erklärung reichlich spät; denn inzwischen haben die Kriegsherrn mit Mut und Ingrimm sehen müssen, daß ihre Ansichten auf gute Gefühle sich beträchtlich verschlechtert haben.

Die Zentrumspartei in Mainz.

Die zweite öffentliche Versammlung des Ratholikenkongresses warf ein grelles Schlaglicht auf die ultra-

montane Sozialpolitik und ihre Motive. Der Zentrumsgewählte Trimborn-Rhein hielt eine Rede und Vorlesung auf das Gebiet der Sozialpolitik. Er betonte, daß alles Gegenwärtige in die Hand geben müsse mit dem Glauben an das Heilnatürliche. Er stimmte dann ein beglücktes Lob an auf die deutsche Sozialpolitik, an der die Vertreter des katholischen Volksheils — das Wort Zentrum war auf Ratholikenkongressen streng vermieden — hervorragenden Anteil haben und ihr oftmals den Stempel aufdrückten. Es sei auch ein Verdienst der katholischen Sozialpolitik, daß die Arbeiter nicht sämtlich ins sozialdemokratische Lager abgewandert seien. Drei Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter seien in den Gewerkschaften organisiert, im Jahre 1909 seien 6578 Tarife für über 137 000 Betriebe und für mehr als 1 100 000 Arbeiter abgeschlossen worden. Erfolgreich sei, daß die christlichen Gewerkschaften bei diesen Leistungen entsprechend beteiligt waren. Wie bescheiden allerdings sich die Erfolge der christlichen Gewerkschaften gegenüber denen der freigeschaffenen ausnehmen, das verweigerte der Redner. Auf den Einwand des Erschlaffens der Sozialdemokratie trotz aller Sozialpolitik erwiderte der Redner: „Welche Angriffschancen würde die heutige Gesellschaftsordnung an die Sozialreform der Sozialdemokratie geboten haben. Sie wäre erst, die Sozialdemokratie, allmächtig, wenn nicht eine christlich-nationale Arbeiterbewegung ihr entgegengetreten wäre, die ihre Daseinsberechtigung nur in Sozialreform und Sozialpolitik finden könnte.“ Also die christliche Sozialreform und die christliche Gewerkschaftsbewegung haben, wie Trimborn eingeleitet, nur den Zweck, der Sozialdemokratie entgegenzuwirken und entspringt also der Furcht vor der Sozialdemokratie.

Wenn aber Trimborn der Sozialreform ein hohes Lob lieh, so verwurfs der nachfolgende Redner, Landesrat Dr. Schmittmann-Bäcker, der über das Thema „Charitas und Leben“ sprach, die Sozialpolitik. Er führte u. a. aus: „Hat das Riesenwerk der sozialen Gesetzgebung unser Volk glücklicher gemacht? Sind die Klagen entfallen und der Hof gemildert worden? Nein! Was tut uns not? Was kann helfen, wenn sogar das Riesenwerk der sozialen Gesetzgebung versagt?“ Antwort darauf gibt uns der große Bischof Stetler, dessen Gedächtnis wir feiern: Die soziale Frage wird nur gelöst durch die christliche Charitas.“ Also nicht Sozialpolitik, sondern christliche Wohltätigkeit löst die soziale Frage.

Die dritte (geschlossene) Versammlung am Mittwoch Vormittag, in der die Ausschüsse Bericht über die vorliegenden Anträge erstatteten, nahm einen für den Ratholikenkongress ungewöhnlich lebhaften, stürmischen Verlauf. Anlaß dazu gab der von der Kommission vorgeschlagene Mittelstandsantrag; er fordert, „da es zur Erhaltung und Verbreitung des für Kirche und Gesellschaft wohlthätig wirkenden selbständigen Mittelstandes unbedingt notwendig ist, daß derselbe stets hinreichend Arbeit und Absatz habe, unter Hinweis auf das Gebot der Nächstenliebe alle Ratholiken auf, bei Vergabe von Arbeiten und Einkauf zunächst die Handwerker und Kleingewerbetreibenden zu berücksichtigen“. Ein Varrer rügte, daß selbst Geistliche und Nonnen ihren Bedarf im Warenhaushalt von Tisch decken. Man dürfe Warenhäuser nicht unterstützen. — Ein Redner, der sich als Mann aus dem Mittelstande vorstellte, will die Unterstützung des Mittelstandes nicht als einen Akt der Nächstenliebe bezeichnet haben, sondern als eine moralische Pflicht, denn sonst erwende es den Ansehen, als pfeife der Mittelstand auf dem letzten Loch. — Der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald-Rhein will überhaupt nichts von der Resolution wissen, denn mit demselben Recht könnten sonst die Arbeiter für den nächsten Ratholikenkongress beantragen, es als eine Pflicht der Nächstenliebe zu bezeichnen, daß die Unternehmer die Löhne erhöhen. — Arbeiter und Mittelständler waren also aus verschiedenen Motiven gegen den Antrag. — Nach einer heftigen Debatte wurde die Abstimmung durch Sammelung vorgenommen; sie ergab die Annahme des Kommissionsantrags mit 196 gegen 96 Stimmen. Die anwesenden Parlamentarier und christlichen Gewerkschaftler Hise, Wiesderts und Stegerwald stimmten gegen den Antrag. Das war jedenfalls die erste heftige Auseinandersetzung auf einem Ratholikenkongress, die bürgerlich die so langsam verfallenden Gegensätze im ultramontanen Lager beleuchtete.

Einstimmige Annahme fanden die Anträge, welche die Fortbildungspflicht für Knaben und Mädchen fordern, unter Jugendbelegung des Religionsunterrichts, „als stärkstes und tiefstehendes Mittel der Erziehung“. Es sei zu bedenken, daß die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts für die Fortbildungsschule in Preußen abgelehnt worden sei, es sei aber zu hoffen, daß den konfessionellen Jugendvereinen, die nunmehr als die einzigen Faktoren für die religiös-ethische Erziehung in Betracht kämen, von Staat und Gemeinde ausreichende Förderung zu Teil wird. Die

Gründung katholischer Jugendvereine und -heime, katholische Fürsorge für Soldaten und Reservisten wird verlangt. Ebenso wird Schutz der jugendlichen Arbeiterinnen, der Beitritt zum St. Nikolaus-Schüler-Verein und zu zahllosen anderen Vereinen verlangt. Die Notwendigkeit zum Beitritt zu katholisch-geistlichen Vereinen wird von Rechtsanwalt Dr. Schumacher aus Bonn besonders damit begründet, daß dadurch auch die Mädchen vor Verführung geschützt werden könnten.

Mit Bezug auf die Presse wurde ein Antrag angenommen, der die Katholiken auffordert, gegen die farblose und katholikenfeindliche Presse vorzugehen und sie weder durch Bezug noch durch Inserate zu unterstützen. Der Katholikentag erklärt es für durchaus unstatthaft, der farblosen und katholikenfeindlichen Presse kirchliche Nachrichten zu geben. Es wird empfohlen, überall katholische Pressevereine nach Düsseldorf Muster zu gründen.

Oberlandesgerichtsrat Marx-Düsseldorf sprach in der öffentlichen Versammlung am Mittwoch nachmittags über die Schulfürsorge. Er betonte, daß die Hauptforderung der Katholiken die konfessionelle Schule sei. Die Katholiken verlangen die Durchdringung des gesamten Unterrichts mit christlichem Geiste und mühten deshalb für die Kirche den ihr gebührenden Anteil an der Ueberwachung des Schulwesens und namentlich der Erteilung des Unterrichts mit aller Enthaltsamkeit in Anspruch nehmen. Die Entscheidung darüber, in welcher Weise und in welchem Umfang die Kirche dieses Recht zur Geltung zu bringen habe, liege allein der Kirchenbehörde zu. Ein einheitliches Recht des Staates, seinerseits die Grenzen der Kirchenaufsicht und Mitarbeit zu bestimmen, würden die Katholiken nie anerkennen. Die Katholiken könnten daher unter keinen Umständen auf die konfessionelle Gestaltung der Schule und der Erziehung Verzicht leisten. Christliche Eltern können kein Vertrauen mehr zur Schule haben, wenn der radikale und ungläubige Geist noch weiter bei den Lehrern beherrscht. In die geistlichen Körperschaften und in die kommunalen Vertretungen dürfe niemand hinein, der nicht für die Aufrechterhaltung der konfessionellen Volksschule sei. — Die Rede wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Der Dekan Prof. Dr. Giebler aus Tübingen sprach über kirchliche und Wissenschaft. Die Kirche trete für die vollständige Freiheit der Wissenschaft ein. Eines allerdings müsse sich die Kirche verheißt: Eingriffe der Wissenschaft in ihr Glaubensbereich und eines Erlaubnis sich die Kirche zu jeder Zeit: Gewisse Sätze, die als Ergebnis der Wissenschaft gerieten werden, die aber die kirchliche Offenbarung aufheben oder gefährden würden, zurückzuweisen. Lieber dieses Vorgehen Roms könnten die Gegner denken, was sie wollten.

Das ist die von der katholischen Kirche gebildete Wissenschaft. Heute Donnerstag geht der Katholikentag zu Ende.

Deutsches Reich

Agarische Kriegsbereitschaft. In einer Auseinandersetzung über die Marokkofrage erklärte die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 400), daß sie keineswegs grundsätzlich gegen einen Krieg sei, denn: „Ganz abgesehen davon, daß gerade das Deutsche Reich besser für den Krieg gerüstet ist und sich in einem höheren Stande der Bereitschaft befindet, als alle anderen Mächte der Welt, halten wir es auch ganz allgemein betrachtet für vorteilhaft, ja, unter Umständen für nötig, wenn ein großes Volk innerhalb gewisser Zeiträume vor die praktische Leistungsfähigkeit gestellt wird, sonst tritt leicht, ja mit einer gewissen Naturnotwendigkeit, der Zustand ein, daß es ihm „zu gut“ geht. Für das Volk gilt hier das gleiche, wie für den einzelnen Menschen. — Ja, den Agariern geht es zu gut und vor Uebermut schnappen sie über. Sie sind über die letzten, die für das „Vaterland“ Opfer zu bringen gewillt sind.

Konservative Arbeiter. Der „Volk“ scheint erst nachträglich der fröhlichen Massenfeier, der ihr von der Norddeutschen verlegt worden, zu schmerzen. Sie drückt jetzt eine ganze Seite Zustimmungserklärungen zu dem wilden Heerartikel ab. Darunter befindet sich auch eine Arbeiterstimme, die sich wie folgt äußert: „Daß die Sozialdemokratie noch nicht alle deutschen Arbeiter mit ihren Ideen vergiftet hat, zeigt folgendes Schreiben eines Hamburger Arbeiters, das wir ohne jede Veränderung abdrucken:

An die Zeitung genannt die Volk

Redaktion wahrscheinlich in Berlin.

Ich der Arbeiter und so mancher von meinen Kollegen, wir bitten ebenfalls das Abkommen mit Frankreich, was, es ist zu traurig, wie weich und Traurich unter Auslandspolitik ist. Jamohl laßt den Franzosen das bischen Marokko es ist nichts für den Deutschen Michel, ruft Berlin und den sahen vom Pater zurück es ist alles alt und unter Pater steht nicht!

Als das ewige Friedensgewinnel, geht den Franzosen ihr Elend und Vorbringen, dann wird wohl Deutschland den ewigen Sozi. Frieden erreichen, wir wollen uns von Frankreich ein Ständchen Vönerburger Heide verschreiben lassen, dort könnten unsere Politiker sich zanken mit den Sonntagsauswüchsen. Die Deutsche, nein. Da findet man keine Worte, haben wir nicht auch das Recht auf andere Ernte, wie jedes andere Land. Aber der Michel, der wartet bis andre zugebakt haben. Dann will der Michel auch was haben, aber es geht im wie kleinen Kindern, er muß nehmen was er bekommt nein Die Deutsche Politik!!!, uns fehlt ein großes Napoleon I. Der könnte wohl etwas erreichen mit dem Michel! Ich will schließlich ich mach gar nichts mehr davon hören und lesen.

Diesen „Volk“-begleiteten Arbeiter hat allerdings die Sozialdemokratie noch nicht mit ihren Ideen „vergiftet“, sonst würde er nicht mehr soch dummes, sonjules Zeug schreiben. Wir meinen der „Volk“ auch nicht dieses arme Opfer preußisch-deutscher Schloßverhältnissen, es repräsentiert ja das Ideal der von den „Volk“-Leuten gewünschten Volksbildung. Es ist ein anerkennenswertes Zeichen beginnender

politischer Christlichkeit, daß die „Volk“ gerade diesen Arbeiter so warm als patriotischen Mitarbeiter reklamiert. Man wird künftig, wenn die „Volk“ wieder in der politischen Arena erscheint, immer an ihr würdigen Vordant, den Hamburger Arbeiter mit seinem Marokkobriefe denken müssen.

Die bürgerliche Presse. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ anfängt, die Minister aufzufordern, gegen die Millionen von Mitgliedern der Gewerkschaften einzutreten, oder die „Wohlfahrts-zeitung“ nach Krieg schreit, und jeden Minister, der da nicht mitmacht, zum halben Vaterlandsoberbürger stempelt, nimmt der Arbeiter, der gewohnt ist, nur dort ein Recht zu suchen, wo auch die berechtigste materielle Grundlage vorhanden ist, nur zu leicht an, es wirklich mit großen Interessengruppen und ihren Vertretungen zu tun zu haben. Inwieweit dies mit den Tatsachen übereinstimmt, zeigt am besten die Abonnentenziffer dieser Blätter.

Die „Deutsche Tageszeitung“ — die Zahlen treffen das Richtige, wenn sie auch keine offiziellen sind, denn solche gibt es wohlweislich nicht — hat zur Zeit knapp 30 000 Abonnenten, die „Wohlfahrts-zeitung“ nur rund 20 000. Die führende nationalliberale Presse, die „Allgemeine Zeitung“ besitzt annähernd gleichviel, die „Allg. Volkszeitung“, das leitende Zentrumsorgan rund 36 000. Sogar die „Frankfurter Zeitung“ hat, wie berichtet wird, nur rund 30 000 Abonnenten.

Mit diesen Zahlen kann verglichen werden, welches Echo die Arbeiterpresse findet. Abonnentenzahlen von 20 bis 30 000 haben eine ganze Reihe anderer Organe. Der „Vorwärts“ hat zur Zeit über 163 000. Hier ist wirkliche Verbindung mit Millionen, welche jedes Wort der Zeitung unterschreiben. Je weiter man nach rechts kommt, um so größer wird zwar das Geschrei, aber um so weniger Leute stehen dahinter. Darum muß das gegenwärtige Blatt, das wegen seiner jumeist geringen Abonnentenziffern jumeist inoffizielle Zuschüsse erhält, immer tiefer betrachtet werden. Geld und nicht Anschauung regiert da oft!

Kriegsschiffe als Notstandsarbeiten. Der „Reichsbote“ verdient es, als Staatsfloß auf Regierungskosten gedruckt zu werden. Jetzt ist er wieder einmal dabei, nachzuweisen, daß die rund 1400 Millionen Mark, welche im Jahre für unsere Heeres- und Marinebeschaffung erforderlich sind, eigentlich dem Volke nichts weiter seien, als die produktivsten und nützlichsten Ausgaben, die es überhaupt machen könne. Er meint: „Warum laßt denn im Zeiten der Not Kommunen sogenannte Notstandsarbeiten ausführen? Um den untersten Schichten des Volkes Brot zu schaffen und damit auch den kleinen Erwerbsbesitzungen, dem Strämer und Bäcker usw., die gewohnten Einkünfte zu erhalten. Wenn also schon Notstandsarbeiten Handel und Wandel ungeschwächt beleben, wozu mehr muß z. B. der regelmäßige Bau von mächtigen Kriegsschiffen der Industrie, ihren Arbeitern, ihren Rohstofflieferanten, kurz und gut jeder Hand zugute kommen, die sich durch und für die Industrie rührt?“

Dah Krupp allein im Jahre 1910 einen Reingewinn von 23 Millionen Mark einfuhr, die Tappetechnik, Robbelschiff und Konforten Millionen über Millionen verdienen konnten, daß die großen Werftbetriebsgesellschaften, die Tausende von pensionierten Offizieren — die jumeist noch im rühmlichen Mannesalter gekämpft werden — Jahr für Jahr Hunderttausende und Millionen verdienen; dies ist alles weiter nichts als Notstandsarbeiten! Es geht doch nichts über einen richtigen Jodelpostulanten.

Es muß immer und immer wieder festgehalten werden, daß Ausgaben, die zu nichts weiter dienen, als Zerstörungsmittel zu schaffen, niemals produktiv sein können. Auch hier wieder noch einmal ganz davon abgesehen, daß die Ausgaben für Heer und Marine nur dadurch möglich sind, daß dem Volke Millionen abgepreßt werden müssen, um derlei „Notstandsarbeiten“ bezahlen zu können.

Trotzdem bleibt der „Reichsbote“ bei der Hölle als unbegabter Staatsfloß für alle vernünftigen Menschen ein — Notland.

Mühlengere Gründung. Eine Anzahl bayerischer Adliger hatte sich an die Ausgabe gemacht, in Bayern eine deutsch-konservative Parteiorganisation zu schaffen. Wie verlautet, ist das Unternehmen an der mangelnden Teilnahme gescheitert. — Uebrigens sind zwei bayerische Wahlkreise — Ansbach-Schwabach und Dinkelsbühl — im Reichstage konservativ vertreten. Sonst jedoch haben die Konservativen im Lande wenig Anhänger.

Ein Zentrumsfarrer wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes bestraft. Die Bitterfelder Ortsgruppe des Volksvereins für das katholische Deutschland hat als „Geschäftsführer“ den Farrer Gerwig, der sich trotz wiederholter Aufforderung weigerte, der Polizei das Verzeichnis der Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes einzureichen. Gegen das ihm zugewiesene Strafmandat von drei Mark beantragte er gerichtliche Entscheidung mit der Begründung, daß die Ortsgruppe nicht einer besonderen selbständigen Leitung, sondern dem Vorstände in Mündchen-Bladach als ein Teil des Gesamtvereins unterstehe. Das Schöffengericht erklärte aber, daß es auf diese juristische Form nicht ankomme, denn tatsächlich sei die Ortsgruppe ein selbständiger Zweigverein. Die Strafe sei also mit Recht festgesetzt. Auch die hiesige Strafkammer, bei der der Farrer und „Geschäftsführer“ Berufung eingelegt hatte, ließ die Strafe bestehen, wobei das Gericht erklärte, daß die Ortsgruppe tatsächlich von besonderer, dringlich abgegrenzter, nach dringlichen Verhältnissen und Bedürfnissen geregelter Teil des Gesamtvereins sei.

So bekommt jetzt auch das Zentrum die Früchte des unter seiner Mithilfe geborenen liberalen Reichsvereinsgesetzes zu kosten.

Aus den deutschen Kolonien.

Aus Südwest. In den „Westfälischen Nachrichten“ veröffentlicht ein „alter Afrikaner“ folgende Schilderung: „Aus Südwestafrika kommen beunruhigende Nachrichten über Zunahme von Viehdiebstahl und Ausschreitungen Eingeborener. Trotz eifriger Tätigkeit der Landespolizei will es nicht

gelingen, insbesondere den Scheuren, verschmierten Bushmännern das Handwerk zu legen. Bei dem in Südwestafrika typischen Viehdiebstahl bleibt es nicht. Uns liegen zwei Briefe vor, wo Farmer klagen, die schwarzen Angestellten schloßten das Vieh ihrer Herren auf der Weide. Die Viehherde seien maglos dagegen. Selbst betrafen dürfen sie die Spühbuben nicht — und ehe Polizei zur Stelle sei, wären sie entwichen — auch ein Egeen der Dornbüchsen Eingeborenenverordnungen und Verfallstrafe. Besonders bedenklich sind aber die Zustände in Windhof, in der Hauptstadt selbst. In einer einzigen Nacht kamen drei schwere Einbrüche vor, die mit unglaublicher Frechheit durchgeführt wurden. Auch Gewalttätigkeiten sind an der Tagesordnung. Die Zustände stimmen mehr als bedenklich, umso mehr, als die Stadtpolizei gänzlich unzulänglich erscheint und ihre Hauptaufgabe in Feststellungen von Verpätungen im Lebenslauf und dergleichen sucht. Vor 1904 war es gerade so.“ — Das es besser wäre, wenn die alte Verfallstrafe noch bestünde, das wird kein Mensch im Ernste behaupten wollen. Wenn aber die Schilderung den Tatsachen entsprechen sollte, dann würden sich in Südwestafrika allerdings ganz bedenkliche Zustände herausgebildet haben, die aber durch eine neue Raub-Expedition abjektiv nicht gebessert würden.

England.

Das Unterhaus gegen das Oberhaus. Im Oberhaus wurde am Dienstag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung angenommen. Das Unterhaus lehnte dagegen die Anträge des Oberhauses zum Finanzgesetz ab und wies die Vorlage an die Lords zurück.

Spanien.

Ein republikanischer Marineputsch. Die Regierung gibt zu, daß es sich bei der Meuterei auf dem Kreuzer „Numancia“ um ein regelrechtes republikanisches Komplott handelte, an dem Mannschaften und Offiziere beteiligt waren. Canalejas hat selbst mehrere Briefe der Verschwörer gelesen. Diese hatten nichts geringeres, als eine Erhebung der spanischen Marine zugunsten einer Republik im Auge. Die hauptsächlichste Presse äußert mit großer Erregung den Zwischenfall, über den authentische Nachrichten nur spärlich mitgeteilt werden. So der Beteiligten sind Mittwoch früh erschossen worden. Mehr als hundert sind verhaftet. Man nimmt an, daß die Verschwörung weiter reicht.

Äfrika.

Skizzenhandel im portugiesischen Äfrika. Wie die Lissaboner Tageszeitung „Capital“ mitteilt, ist in Mosambik ein Skizzenhandel festgestellt worden. Eine dortige Kompagnie hat Hunderte von Negern in Benguela aufzukaufen. Sie hält sie in eigenen Kägern wie Ware fest und vermiest sie an Pflanzer zum Preise von 40 bis 80 Mark monatlich. Da die Sklaven außer Nahrung und einem elenden Quartier nichts bekommen, so ist der Gewinn enorm. Es gibt Sklavenhändler, die 400 bis 1000 Neger jeden Augenblick liefern können. Die Zeitungen rufen die republikanische Regierung zum unverzüglichen Einschreiten auf und verlangen, daß dieser einem zivilisierten Lande unwürdige Menschenhandel sofort verhindert wird.

Kleine politische Nachrichten. Ein Reichstheatergeleit ist in Vorbereitung. — Am dem Kaisermandat bei Wilma werden eine Anzahl Mitglieder teilnehmen. — Der englische Premierminister Asquith ist am Vortage in London. — Der Papst ist am Brandstiftung erkrankt. — Wegen des häufigen Umhüllens der Choler in der Türkei auch unter dem Mikroskop wurden die türkischen Herrschaftsmänner abgelegt. — Durch die Brände in Konstantinopel sind etwa 5000 mohamedanische, jüdische und christliche Häuser eingeschüttet. Tausende von Familien haben das und Gut verloren, sind ohne Obdach. — Da Kap Kollien wurden das deutsche und das italienische Konsulat mit Steinen beworfen.

Parteiennachrichten.

Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie! Unter diesem Titel ist ein vom Parteivorstand herausgegebenes Flugblatt erschienen, das die Marokkofrage behandelt. Das Flugblatt ist an die Bezirksvorstände verandt und wird den Organisationen in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Gewerkschaftliches.

Wagung, Walter! Die Waler Nähtingen haben über die Walergerichte von D. Meyer und H. Müller die Sperr verhängt.

Die Alampner befinden sich in Oldenburg i. G. im Streik, Zugang ist daher fern zu halten.

Weitere Metallarbeiteransparnungen in Sachsen. Der Verband der Metallindustriellen in der Reichshauptmannschaft Dresden beschloß, 60 Proz. der gesamten Arbeiterkraft zur Unterstützung der zurzeit vom Streik betroffenen Verbände auszusparen.

Ausdehnung des Hafenarbeiterstreiks in London. Der Streik der Hafenarbeiterverbandes tritt einen allgemeinen Streikbefehl, der sich an alle, die im Hafen beschäftigt sind, richtet. Dadurch würde sich die Zahl der Ausländigen auf etwa 100 000 erhöhen. — Im Hafen kam es zu Konfrontationen mit der Polizei.

Sofales.

Nähtingen, 10. August.

Der Kinderpielplatz. der hier beim „Friedrichshof“ hergestell wird, ist bereits vor seiner Fertigstellung der Schauspiel von Nüßleien geworden. Ältere ungezogene Kinder haben bereits Wette von den schattenspendenden Bäumen abgerissen und die Rinde der Bäume mit dem Messer arg beschädigt. — Es liegt an den Eltern und Erziehern, energisch darauf hinzuwirken, daß solche öffentliche Anlagen gesichert werden.

Vorfall am Kanal. Gestern führte ein kleiner Junge beim Warten Hafen in den Kanal. Er wurde jedoch von einem vorübergehenden jungen Mann gerettet.

Geistgenommen wurden in Jettel zwei Bäckchen aus Rüstingen im Alter von 13 und 14 Jahren, die sich herumtrieben.

Im Operntheater wird heute Abend „Polnische Weisheit“ und morgen Abend „Neuße Eulonia“ in Szene gehen. Am Sonnabend wird dann der „Zigeunerbaron“ mit Walter Grabe als Galt zur Aufführung kommen. Ueber dessen Auftreten in Wien liesen wir in verschiedenen Regierungen: „Sein frisches Naturburschentum wirkte ebenso angenehm wie sein warmer, wohlkundiger Tenor, dessen Modulationsfähigkeit und metallische Stimmkraft ins Gewicht fielen. Herr Grabe dürfte bald ein Liebling der Wiener werden.“ — „Ein schmetternder Tenor, der die liebe Jugend häufig zu verblühen weiß.“ — „Herr Walter Grabe, stürmisch begrüßt, bot als Bariton eine Leistung, die mit Worten nicht gut geschildert werden kann. Der herrliche Gesang, das Meisterspiel usw. kurz, alles verriet den Meister seines Faches, dessen Leistung alles unvoriglich bleiben wird.“

Das diesjährige Schiffsfest findet Sonntag, Montag und Dienstag hier auf dem Schiffsplatz statt. (S. Inf.)

Wilhelmshaven, 10. August.

Zum projektierten Bau der Straßenbahn wird berichtet, daß am Dienstag der Regierungsräsident aus Aurich, Dr. Hauwe, hier weilte. Er nahm u. a. an einer Konferenz über die elektrische Straßenbahn teil.

Ueber den Konflikt der Transportarbeiter von Krefeld wird uns noch geschrieben: Wie die Leser des „N. N.“ vor einigen Tagen erfahren haben, haben die Arbeiter und Arbeiter der Firma Krefeld am 5. d. M. wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Bereits am 6. d. M. wurde eine schon mitgeteilte Einigung erzielt und es wurde am 7. d. M. morgens die Arbeit wieder aufgenommen. Herr R., der offensichtlich auf die Dummheit und Uneinsigkeit der Kollegen rechnet, hielt sich aber nicht für verpflichtet, die gemachten Zugeständnisse zu halten, stellte vielmehr an die Arbeiter das Ersuchen, die in Zukunft auszuführenden Arbeiten (Kloßarbeiten) in Krefeld zu übernehmen, ein Annehmen, das mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurde, weil hierdurch nicht die erstrebte Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse eintreten würde. Die Arbeit wurde selbstverständlich sofort wieder niedergelegt und es sind alle Versuche, eine Einigung zu erzielen, bisher fruchtlos verlaufen. — Herr R. hält sich jetzt die zur dringenden Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeitskräfte von der Forderung. Doch auch diese Leute haben für seine angestrebte Arbeit die Tätigkeit wieder auf. Bei der Galsanigkeit des Herrn R. ist vorläufig eine Einigung nicht zu erwarten und es heißt auszuhalten, bis Herr R. eingesehen hat, daß mit den von der Bankstraße geholten Leuten kein Betrieb aufrecht zu erhalten ist. — Die Krefelder ermahnen die Kollegen, alles aufzugeben, um Arbeitswillige vom Betrieb des Herrn R. fernzuhalten.

Marinennachrichten. Das Kanonenboot „Panther“ wird voraussichtlich am Sonnabend nach neunjähriger Abwesenheit hier wieder eintreffen. Allen Anhängern nach wird ihm ein großer Empfang zuteil. Ueber die Wirksamkeit des „Panther“ in diesen neun Jahren teilt die „Weserzt.“ mit: Das Schiff wurde im März 1902 in Dienst gestellt und unternahm mit dem Torpedoboot „Seigler“ zunächst eine Rheinfahrt zur Düsseldorf-Ausstellung. Am 31. Juli 1902 ging es unter dem Befehl des Korvettenkapitäns Ostermann, des jetzigen Oberwerftdirektors hierseits, von hier aus in See, um die amerikanische Station zu besetzen. Nach einer sehr anstrengenden Ueberfahrt trat „Panther“ am 30. August in St. Thomas ein und erhielt schon am nächsten Tage Segelorder nach der Republik Haiti, wo wieder einmal eine Revolution ausgebrochen war. Am 5. September erreichte „Panther“ bereits Port-au-Prince und fand hier den Befehl vor, den Rebellenführer „Crête à Pierrot“ mit oder ohne Kampf zu nehmen, weil dieses Schiff den Missionen führenden deutschen Dampfer „Marcomannia“ geraubt hatte. „Panther“ ging nun gegen das Rebellenboot vor und schoß es in den Grund. Wenige Monate später wurde „Panther“ nach Venezuela befohlen, um mit den Schiffen „Bineta“, „Talle“ und „Gazelle“ in Gemeinschaft mit einigen englischen Kriegsschiffen an der Blockade teilzunehmen. Die Sperrung begann im Dezember 1902. „Panther“ erhielt hierbei die Aufgabe, den Hafen von Maracaibo abzusperren. Bei der im Januar unternommenen Verfolgung des venezolanischen Kanonenbootes „Miranda“ erhielt „Panther“ Feuer aus dem Fort San Carlos, das er zunächst heftig erwiderte, dann aber wegen der Witterungsverhältnisse abbrechen mußte. Infolgedessen schossen „Bineta“, „Gazelle“ und „Panther“ das Fort in Grund und Boden. „Panther“ hat dann noch mehrere Jahre hindurch „tätigsteit“ die deutschen Interessen an den Küsten Amerikas wahrgenommen und besahe den Orinoco und Kapota bis weit ins Land hinein. Vor vier Jahren trat „Panther“ die Ueberfahrt nach Kamerun an und tat feierlich Dienst auf der westafrikanischen Station. Schon im Frühjahr war bestimmt worden, daß „Panther“ die Heimreise antreten sollte. Sie wurde aber unterbrochen durch die Entsendung nach Agadir. „Panther“ lief 1901 auf der kaiserlichen Werft in Danzig vom Stapel, fahrt etwa 1000 Tonnen und erreicht mit seinen 1360 PS. eine Höchstgeschwindigkeit von 13 bis 14 Knoten. Die Besatzung ist 125 Mann stark. Die Ausrüstung besteht aus acht kleineren Schnellfeuergeschützen.

Das Automobil des Prinzen Heinrich, in dessen Begleitung sich sein Adjutant, Korvettenkapitän v. Medow, befand, ist gestern von Holland kommend bei Cloppenburg gegen einen Baum gefahren. Die Bremse drack beim Ausweichen. Der Chauffeur erlitt einen Schädelbruch, der Adjutant wurde leicht verletzt. Prinz Heinrich selbst ist unbeschädigt, hält sich aber noch in Cloppenburg auf.

Selbstmord eines Fährknechts. Der Fährknecht zur See Rehn vom Kleinsschiff „Wärtemberg“ hat sich in einem Hotel in Hardau aus unbekannten Gründen erschossen.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 10. August.

Zur Landtagswahl. Die Wahlbewegung kommt nur langsam in Fluß. Es geht dabei, um einen volkstümlichen Ausdruck zu gebrauchen, recht „klotzig“ her. In den bürgerlichen Parteien gibt sich eine glänzende Zersplitterung kund. Die Fortschrittliche Volkspartei stellt zwar Zug um Zug Kandidaten auf und veröffentlicht sie; aber keine Parteifandebanten sind es nicht. Sie macht Zwangsanträge bei den Nationalparlamenten und berückichtigt Votalsgrößen, welche sich wohl einmal zur Fortschrittlichen Volkspartei zählen, vielleicht auch noch zählen, die aber sich den Teufel um das Programm scheren, wenn seine Beachtung nicht in ihren Kram paßt, wie der in Brate auf den Schild gehobene Kaufmann Müller. In Oldenburg hat, wie jetzt verlautet, die Fortschrittliche Volkspartei die bisherigen Abgeordneten Tappenberg, Dürschhoff und Weßels wieder aufgestellt. Die beiden letzteren haben angenommen. Die Zustimmung Tappenberg steht noch aus. Gegen die Wiederwahl Tappenberg soll sich in bürgerlichen Kreisen eine heftige Agitation entfaltet haben. Die einen befürchten Schaden für die Stadtverwaltung, wenn er im Landtag tätig ist, die Beamten großen ihm, weil er nicht entscheidend für die Gehaltsaufbesserungen eingetreten ist; dann haben sie noch ein paar Pfeiler an ihm entdeckt. Ein Recht, ihm zu großen, haben eigentlich nur die Arbeiter und kleinen Beamten wegen seiner feindseligen Haltung gegen die Konsumvereine. Tappenberg ist nationalliberal, aber nicht agrarisch. Wer ihm von dieser Seite gegenübergestellt werden soll, kann ihm das Wasser nicht reichen. Genannt werden der nationalliberale Agrarabgeordnete Dr. Söber und der wohl als Gerichtsvollzieher, nicht aber als Politiker bekannte Registrator Rörber. In Oldenburg wählten die Handwerker den Sattelmacher Müller gewählt. Die Fortschrittliche Volkspartei soll dem Wunsch ihre Zustimmung gegeben haben. Damit ist keine Wahl noch keineswegs sicher.

Die nationalliberale Partei, die recht anmaßend ihr selbstständiges Eintreten in die Landtagswahlbewegung verstanden hat, richtet sich noch nicht. Die Mitglieder des Bundes der Landwirte verhalten sich aufstrebend. Man geht kaum sehr, wenn man annimmt, daß Kompromissverhandlungen zwischen den beiden Parteien in Fluß sind. Für die Reichstagswahl ist die Verdrößerung ja auch schon perfekt. Nebenbei gesagt, wollen die Bauernbündler im Fürstentum Birkenfeld den Dr. Söber als Kandidat für die Reichstagswahl unterstützen. Und auch die Zentrumseule wollen mit den Radikalen der Antikatholiker parieren und Söber, wenn er aufgestellt wird, ihre Stimmen geben. Die Triumviraten Hadden, Müller, v. Vorhoff werden schmunzelnd sagen: „Die Sache macht sich.“

Emden, 10. August.

Gewerkschaftsartikel. Das Gewerkschaftsartikel hält am Freitag Abend eine Sitzung ab. Da eine sehr wichtige und reichhaltige Tagesordnung zu erledigen ist, werden die Delegierten zu recht zahlreicher Teilnahme eingeladen.

Etrunken ist Wittwoh vormittag das etwa zweijährige Kind des Schlossers van Holten. Beim Spielen ist es in der Nähe der Volkshaus Becke in den Ems-Jade-Ranal geführt. Erst abends gegen 8 Uhr wurde die Leiche geborgen.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Eine männliche Leiche wurde in Jprump aus der Kiste gezogen. Es handelt sich um einen unbekannten, etwa 25jährigen jungen Mann. — Verhaftet wurde in Brate der Erwerb eines englischen Dampfers, ein Teufelher, der befristet wird, vor mehreren Jahren ein Einstiegsverbrechen gegen Schiffsleute begangen zu haben und dann ins Ausland gegangen zu sein. — In Bremerhaven ist eine Hausbesitzerin und Gewerbetreibende, E. M. B. gegründet, der gleich 90 Mitglieder beitreten.

Aus aller Welt.

Neuer Höhenrekord. Aus London wird gemeldet: Der Italiener Montanelli hat Dienstag nachmittag auf dem Fingebel von Brookland den Höhenrekord mit einem Vagabunden geschlagen. Er erob sich bei diesem sensationellen Fluge auf seinem Zweifelder bis zu 2250 Meter und hat damit den Rekord des verunglückten deutschen Luftkutschers Schenkel, den dieser im Juni d. Js. in Berlin aufstellte, geschlagen.

Ueber eine sensationelle Erfindung wird dem „Berl. Tagbl.“ aus Petersburg berichtet: In militärischen Kreisen verfolgt man mit großem Interesse eine Erfindung des russischen Ingenieurs Gouffon, der einen Apparat zur Aufhebung der Explosion auf gewisse Entfernungen erfunden hat. Die Erfindung, die für Russland und das Ausland patentiert wurde, ist inständig mit Hilfe magnetischer Wellen und der Elektrizität die Wirkung der Gase zu paralysieren. Sollten die jetzt vorgenommenen Versuche der Gouffonschen Erfindung sich bewahrheiten, so ist die Möglichkeit geboten, die Wirkung jedes Feuergefährlichen aufzuheben, und die Bewegung der Aeroplane und Automobile, deren Motore aus Zündung beruhen, zum Stehen zu bringen.

Erdgas. Aus Hohenhausen wird geschrieben: An der Rüste des Frischen Hafes machte sich in einem Lehmager ein sonderbares Zischen und Brausen bemerkbar. Nachdem ein Bohrtisch angelegt war, entwich Gas unter starkem Druck. Das Gas brannte mit einer zehn Meter hohen Flamme. Das Bohrtisch wurde einstweilen durch ein Ventil geschlossen.

Zum Konkurs der Niederdeutschen Bank. Bei der Konturführung der Niederdeutschen Bank sind nicht weniger als 101 Millionen Mark Forderungen eingelaufen.

Zum Rammordertuch in Stragburg auf den Geldbrieffträger Jacher wird jetzt gemeldet, daß als mutmaßlicher Täter der Student Hermann Hoffmann aus Charlottenburg gefaßt wird. Dem Täter stießen bei dem Ueberfall etwa 25 000 Mk. in die Hände. In dem Befinden des Briefträgers ist noch keine Besserung eingetreten.

Wertwürdiger Selbstmord. In Bromberg verübte ein Arbeiter Selbstmord, indem er sein offenes Taschen-

messer an einer Zimmerleiste befestigte, einen Anlauf nahm und sich mit der Brust auf die Messerspitze stürzte, die ihm das Herz durchbohrte.

Von einem Lohsen angepöckelt. In Rostock in Schlefien ereignete sich ein entsetzliches Unglück. Der vierjährige Autobefahrer Georg Hoppe, Direktor der dortigen Spar- und Darlehnskasse, wurde von einem wütenden Lohsen angepöckelt und so schwer verletzt, daß er an den Folgen der erlittenen Verletzung starb.

Glücklich gerettet. Ein fünfjähriger Knabe aus Berlin geriet beim Baden an verbotener Stelle in Sumpfböden und verlor. Die Mutter, die vom Ufer aus den Vorfall bemerkt hatte, versuchte den Knaben zu retten, verlor aber ebenfalls. Der Bizefelnswel Witte vom 2. Garderegiment sprang nach und konnte die beiden mit eigener Lebensgefahr so lange über Wasser halten, bis sie vom Ufer aus an Land gezogen wurden. Mutter und Kind erholten sich erst nach längerer Zeit.

Explosion auf einem deutschen Dampfer. Aus Rotterdam wird vom Mittwoch gemeldet. Als heute morgen der deutsche Dampfer „Gutenberg“ von der Rhein-Dampfschiffahrtsgesellschaft Köln und Düsseldorf von Rotterdam abfahren wollte, explodierte plötzlich der Dampfsessel. Der vordere Teil des Dampfers ist vollständig auseinander. Der Rest wurde auf die Kajüte geworfen. Ein Stül deselben flog so weit, daß es in einer Drukerlei zerbröckelte anrichtete. Wie viel Personen getötet worden sind, ist noch nicht bekannt. Zwei Tote sind gefunden worden. Es sind dies der Steuermann Bohmann und der Matrose Leh. Vermißt werden noch zwei Helfer und der Oberleutnant. An Bord waren ebenfalls 15 Passagiere, von denen keiner getötet ist. Der Kapitän und ein Matrose wurden schwer verwundet im Krankenhaus zu Rotterdam aufgenommen.

Zusammenstoß zweier Dampfer. Der französische Dampfer „Emile“, der Mittwoch früh gegen 3 Uhr von Gibraltar nach der marokkanischen Küste abging, stieß während des dichten Nebels fünf Meilen nördlich von Tarrifa mit dem englischen Dampfer „Silverton“ zusammen und sank. 86 Personen sind ertrunken. Der schwer beschädigte englische Dampfer rettete 15 Passagiere und 12 Mann von der Besatzung, darunter den schwerverletzten Kapitän.

Kleine Tageschronik. Der Bahnkassierer Dienstadt in Berlin verunreinigte am Mittwoch früh seine Frau durch einen Revolververstoß und tötete sich dann selbst. — Drei Reichskiller in Gannau, die beim Benzinschütteln rauchten, erlitten durch Explosion lebensgefährliche Verletzungen. — Die Festspielgesellschaft in Garmisch hat sich entschlossen, die diesjährigen Festspiele „Vergil“, „Meistertrier“ und „Rings“ im Jahre 1912 zu wiederholen. — In einigen Teilen Westfalens haben sich die Strazotten derartig vermehrt, daß sie zu einer Plage werden. — Zwischen Habeland und Teichberg fanden Spaziergänger einen beschädigten Freizeitsport mit leerer Gondel. In der Nähe fanden sie die Instrumente und Geräte der Freizeitsportler. Die Herkunft des Spielers ist unbekannt. — Bei Rietz wurde die Schwan Stelzer ermordet aufgefunden. Als Täter wurde ein russischer Zigeuniarbeiter verhaftet. — Zwei Diebe, die in Xemburg bei einem Einbruch überfallen wurden, erschossen einen Wirt und verwundeten einen Arbeiter schwer. — Aus einem Postwagen des Personenzuges nach Kalsau (Ungarn) verschwanden 14 Geldbeutel mit 34 620 Kronen Inhalt spurlos.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. August. Das Konstitutorium der Provinz Brandenburg hat den Pater Raach von der Louisenkirche in Charlottenburg einen Verweis erteilt. Als die Herren Offiziere, die demonstration die Kirche verlassen, haben Recht bekommen.

Bochum, 10. August. Auf der Zeche „Hannibal“ rief bei der Förderung des zweiten Korbes das Förderseil mehrere Rente wurden schwer und viele leicht verletzt.

Stuttgart, 10. August. Die Erste Kammer hat gestern das Lotteriegeld einstimmig angenommen und auch dem Staatsvertrag zwischen Württemberg, Bayern und Baden einerseits und Preußen andererseits einhellig zugestimmt. Damit sind Geld und Vertrag endgültig angenommen.

Wien, 10. August. Das Ministerium des Innern hat verfügt, daß die Ein- und Durchfahrt gebrauchter Kleider aus Triest wegen der Cholera verboten ist.

Kopenhagen, 10. Aug. Der dänische Minister des Aeußern und der französische Gesandte unterzeichneten den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Dänemark und Frankreich. Vorbildlich für den Vertrag war der auf der zweiten Haager Konferenz von 32 Staaten gebilligte Entwurf zu einem Schiedsgerichtsvertrage.

Barcelona, 10. Aug. Die von den Sozialisten eintberufene Protestversammlung gegen den Krieg fand im Theater von Marina statt und war von etwa 4000 Personen besucht. Die Vertreter des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes hielten heftige Reden und erklärten, daß die Sozialisten den Krieg durch den Gelmatsausstand bekämpfen müßten.

Weiterbericht für den 11. August.

Räder, wechselnde Bewölkung, schwachwindig, verdeckte Regenfälle und Gewitter.

Arbeiter und Handwerker aller Berufe.

Beachtet bei Eurer Arbeit im Interesse Eurer Gesundheit und Eurer Familie die Arbeiterkassenbestimmungen als genaueste und dringt auf deren Innehaltung. Das ist nicht nur Euer Recht, sondern auch Euer Pflicht!

Verantwortlicher Redakteur: H. Jacob, Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstingen.

Dazu zwei Beilagen.

Sitzung des Magistrats und des Gesamtschulrats von Röstingen.

Röstingen, 9. August.

Magistrat und Stadtrat erledigten heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Lucken folgende Tagesordnung:

1. In zweiter Lesung wurden folgende Beschlüsse wiederholt:

- Umlegung der Schulbaulast;
- Aufnahme einer Kasse;
- Ankauf eines Grundstücks zur Erweiterung des Elektrizitätswerks.

Die Kasse soll wie folgt verwendet werden:

a) neu anzuleihen:	
1. Kanalisation und Umkleierkammern	300 000,— M.
2. Instandhaltung der Wilhelmshavener Straße	52 000,— "
3. Seebadkanalisation	15 000,— "
4. Straßenbeleuchtung Schaar-Müllerfeld	8 000,— "
5. Ankauf und Instandhaltung des Hauses Hauptstraße 7	26 000,— "
6. Strandhalle Heppens	40 000,— "
7. Turnhalle Heppens	16 000,— "
8. Turnhalle Siebertshagen Heppens	16 000,— "
9. Turnhalle in Bant	65 000,— "
10. 16-klassige Volksschule in Geban	220 000,— "
11. Schulbaudarstellung	9 000,— "
12. Instandhaltung der Siebertshagen-Schule	10 000,— "
13. Instandhaltung der 16-klassigen Volksschule	10 000,— "
14. Ankauf von Art. 72 Bant von H. Müller (Land beim Schützen)	48 000,— "
15. Erweiterung des Elektrizitätswerks	300 000,— "
16. Schulbaudarstellung	300 000,— "
17. Grundstücksankauf Wilhelmshavener Straße pp.	200 000,— "

b) umzusetzen:

1. die von der Spar- und Leihbank gefälligten Kassen	675 812,04
2. der Schlachthofantell Bant	258 409,23
3. Kasse, die zu einem höheren Zinssatz als 4 Prozent aufgenommen sind:	
Von der Volkshauskasse, ursprünglich 55 000 M., aufgenommen 1907 zu 4,5 Proz. bei der Staatl. Kreditanstalt, abzutragen bis 1917, restlich	53 605,61
Freibank in Schaar, ursprünglich 75 000 M., auf- genommen 1907 zu 4,5 Proz. bei der Staatl. Kreditanstalt, abzutragen bis 1918 restlich	72 981,86
Reichsbankschule II, ursprünglich 68 000 M., auf- genommen 1907 zu 4,5 Proz. bei der Staatl. Kreditanstalt, abzutragen bis 1917, restlich	84 810,70
Schulhaus Heppens, ursprünglich 32 000 M., auf- genommen bei der Staatl. Kreditanstalt zu 4,5 Prozent, restlich	29 903,38
Schulhaus Heppens, ursprünglich 11 000 M., auf- genommen wie vorher zu 4,5 Proz., restlich	10 310,30
Anteil an Reichsbankschule II, ursprünglich 12 000 M., anfangs 1907 zu 4,5 Proz. bei der Staatlichen Kreditanstalt, abzutragen bis 1917, restlich	11 565,10
Summa	3 041 848,25 M.

2. Das Statut für die höheren Schulen wurde hierauf durchgesehen. In der Generalabstimmung wurde auf Antrag vom Bürgermeister bemerkt, daß, wie bereits früher festgelegt, die höhere Knaben- und die höhere Mädchenschule zu einer Real- und zu einer höheren Schule ausgebaut werden soll. Das soll auch noch im § 5 des Statuts bis zur zweiten Lesung besonders zum Ausdruck gebracht werden. Im § 1 wurde die Zahl der vom Stadtrat zu wählenden Vorstandsmitglieder von zwei auf vier erhöht. — Das Statut wurde in folgender Fassung in erster Lesung angenommen:

- Der Schulvorstand der höheren Schule besteht aus:
 - dem Bürgermeister als Vorsitzenden,
 - den vier Ratsherren,
 - vier vom Stadtrat auf die Dauer von vier Jahren gewählten Mitgliedern.

4. den Vorständen der Schulen in Geban und Bant.

§ 2. Die Aufgaben der Schulen werden bestimmt:

- durch die Kasse aus dem Schulvermögen,
- durch das Schulgeld,
- durch einen etwaigen Staatszuschuß,
- soweit diese Einnahmequellen nicht ausreichen, durch Gemeindegeld und zwar a) die Kasse nach der Grund- und Gebäudesteuer und b) die persönliche Kasse nach der Gemeinkasse.

Die untersten Steuerstufen bleiben, soweit gesetzlich zulässig, außer Anschlag.

§ 3. Die Höhe des Schulgeldes bestimmt der Stadtrat (mit Genehmigung des Ober-Schulkollegiums, § 100 des Schulgesetzes). Die Zahlung des Schulgeldes erfolgt monatlich im Voraus. Die für die Verteilung und den Erfolg von Gemeindegeldern geltenden Vorschriften finden entsprechende Anwendung. Für innerhalb eines Vierteljahres eintreffende oder ausstehende Schüler ist das Schulgeld für das ganze Vierteljahr zu zahlen. Der Schulvorstand kann es jedoch erlassen oder ermäßigen. Das gleiche gilt in Fällen langdauernder Erkrankungen oder aus anderen triftigen Gründen.

§ 4. In höheren Schulen bestehen in der Stadt Röstingen:

- eine höhere Bürgerschule,
- eine höhere Mädchenschule.

Der höheren Bürgerschule oder der höheren Mädchenschule können in der Leitung Vorstände angegliedert werden, diese sind jedoch selbständige Anstalten, die den Bestimmungen der §§ 92 ff. des Schulgesetzes nicht unterworfen sind.

§ 5. Die höheren Schulen sollen sich in ihren Leistungen und Zielen den gleichartigen Schulen des Bezirktums Oldenburg und der Stadt Wilhelmshaven anschließen. Einzelheiten bestimmt der Lehrplan, der mit Genehmigung des evangelischen Ober-Schulkollegiums vom Schulvorstand festgelegt wird. Eine etwaige Schulordnung, die das Verhalten der Schüler zur Anstalt und zu den Lehrern festlegt, wird vom Schulvorstand erlassen.

§ 6. Für die Wahl und die Anstellung der Lehrer und Lehrkräfte gelten die Vorschriften des Schulgesetzes vom 4. Februar 1910. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der vom Schulvorstand und der Schulleitung mit Genehmigung des Ober-Schulkollegiums aufzustellenden Schulordnung.

§ 7. Die vorgelegte Dienstbescheinigung der Lehrer und Lehrkräfte ist der Schulordnung, unbeschadet der dem Schulinspektor bezug. dem evangelischen Ober-Schulkollegium zugehenden Schulaufsicht.

3. Weitere Angelegenheiten der höheren Schulen. a) Der Stadtrat erklärte sich damit einverstanden, daß zu Ostern n. J. eine geeignete akademische Lehrkraft, die befähigt ist, später Direktor der höheren Knabenschule bezw. Realschule zu sein, mit einem Gehalt von 3590—8080 M. nebst einer Zulage als Leiter von 400 M. angestellt wird.

b) Einverstanden erklärte sich der Stadtrat ferner mit der Vereinigung der beiden höheren Knabenschulen und zwar der Klassen von Quinta bis Tertia im Schullokale Oldesloogstraße. Die beiden Vorklassen in Bant und Heppens sollen bis auf weiteres wie bisher getrennt (Knaben und Mädchen zusammen) in beiden Schullokalen weiter bestehen bleiben, um den kleineren Schülern weite Wege zu sparen. Auch die Sexta soll in jedem der beiden Lokale bleiben. Die in Heppens die höhere Schule besuchenden Mädchen sollen der höheren Mädchenschule in Bant überwiesen werden. Für beide höheren Knabenschulen gilt ein einheitlicher Lehrplan für alle Fächer mit Ausnahme des französischen und englischen Unterrichts, der fortan in Parallelklassen erteilt wird. In dem einen hat nach Rierler Rüstler Englisch den Vorrang; in dem andern aber nach Oldenburg Rüstler das Französisch. Soweit durch die Zusammenlegung der beiden Schulen veränderte Bücher nötig sind, sollen solche den Schülern auf Stadtkosten geliefert werden. Von den durch die Zusammenlegung der beiden Schulen überflüssig werdenden Lehrkräften haben zwei gekündigt und einer tritt in den Ruhestand der höheren Mädchenschule.

Der Stadtrat stimmte auch dem Vorschlag der Direktorin der höheren Mädchenschule zu, dieser Schule die Bezeichnung „Hil. Marienschule“ zu geben, zur Erinnerung an Hil. Maria von Lour. Auch nahm der Stadtrat die Einladung zu der Einweihung des neuen Schulgebäudes, die am kommenden Mittwoch morgen 10 Uhr stattfinden soll, an.

4. Volkschulangelegenheiten. a) Auf Intervention, weshalb der Schulvorstand zu der Aufhebung der Arbeiten und Lieferungen zur 16-klassigen Volksschule nicht hinzugezogen worden, erwiderte der Bürgermeister, daß sich doch der Stadtrat feiner mit der Aufhebung und der Verteilung der Arbeiten in der demängstigen Weise einverstanden erklärt habe. Im übrigen verbleibe in dem Stadtrat in jedem Falle schließlich das Recht der Zustimmung oder Ablehnung.

b) Das Ministerium hat den Beschluß der früheren Gemeinderatssitzungen, eine entsprechende persönliche Zulage an alle derzeitigen Lehrer weiter zu gewähren, aufgehoben. — Die Angelegenheit soll bei der Beratung der neuen Gehaltsordnung der städtischen Angestellten noch näher besprochen werden.

c) Das Ministerium hat ferner den Beschluß, wonach in den Schulort neben dem Hauptlehrer noch zwei Nebenchefen sein sollen, die Zustimmung verweigert. Es will, daß nur ein Nebenchef in Schulort Stimm hat. — Da das Gesetz es zulaßt, daß der Schulvorstand wie hier beschloffen erweitert werden kann, so soll gegen die Verfügung des Ministeriums die Klage erhoben werden.

d) Die beim Neubau der Hilfschule erfolgte Ueber-schreitung der Baukosten im Betrage von 161,95 M. wurde nachträglich genehmigt.

5. Die Beschlußfassung über Instandhaltung des Rathausplatzes an der Wilhelmshavener Straße wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

6. Reichswertzuwachssteuererleichterung. Auf Verfügung des Ministeriums wurde einer formalen Wenderung zugestimmt.

7. Krankenkassenangelegenheiten. Die Gemeindefrankenkasse in Rüstingen hat im vorigen Geschäftsjahr ca. 2000 M. Defizit gehabt. — Der Stadtrat beschloß, den Betrag von 2 1/2 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes auf drei Prozent, welchen Satz auch die Gemeindefrankenkassen von Bant und Heppens haben, zu erhöhen.

8. Schlachthofangelegenheiten. Das Protokoll über die letzte Schlachthofaufsichtung wurde zur Kenntnis genommen und genehmigt. — Im Anschluß hieran wurden die früheren Differenzen besonders mit dem Hallenmeister Wolf besprochen. Es wurde wieder hervorgehoben, daß in diesem Falle vom Wilhelmshavener Magistrat als geschäftsführendes Organ über den Schlachthof mit zweierlei Maß gemessen worden. Gerichtsnoteurisch habe fest, daß Trint-gelder genommen worden und sonstige Vorkommnisse zu vergelten gewesen seien, die in früheren Fällen zur Entlastung der betreffenden Personen führte; den Hallenmeistern sei aber kein Haar gekrümmt worden. Auch dem Maschinenmeister P. sei bitteres Unrecht geschehen. — Von der weiteren Verfolgung der Angelegenheit soll jedoch Abstand genommen werden, da doch keine Aussicht vorhanden sei, daß der Magistrat von Wilhelmshaven Wenderungen eintreten läßt.

9. Strandhalle. Dem Vertrage mit dem Wit Easse gab der Stadtrat seine Zustimmung. Die Pachtdauer soll ab Herbst d. J. 7 1/2 Jahre dauern. E. zahlt als Pacht im ersten Jahr eine Verzinsung des Anlagekapitals und der Kosten des Inventars in Höhe von fünf Prozent, im zweiten Jahre sechs und dann hundert Prozent.

10. Klage über ungenügende Material-lieferung bei der Kanalisation in der Ulmenstraße wurde lobann vom St. M. Bergmann geführt. Die Angelegenheit soll vom Magistrat unterzucht werden.

11. Als Abwässer in Rüstingen wurde für Herrn Eilert Harm, der wegen seines Alters abgelehnt hat, der Rentier Rautenicht gewählt.

12. Dem Vertrage mit der R. Intendantur wegen Abbelegung am Kanalweg und auf der preußischen

Chaussee bis nach Marienfelde wurde genehmigt. An Ver-erkenntnisgebühr hat die Stadt jährlich drei Mark zu zahlen.

13. Die nächtliche Unterbringung des städtischen Fällien-Saugwagens auf einem geschlossenen Grundstück wünschte St. M. Siems. Eventuell mülle ein Grundstück hierzu erworben werden, um eine nachträgliche Veränderung des Wagens zu verhüten. — Die Angelegenheit soll der Magistrat prüfen.

14. Die Pflasterung des Trottoirs vor der zweiten Postkammer wurde hierauf angeregt. — Der Bürgermeister bemerkte hierzu, grundsätzlich mülle der Stadtrat sich auf dem Standpunkt stellen, daß die Anlieger der Straße die Kosten der einmaligen Pflasterung zu tragen haben. — Der Stadtrat stimmte dieser Ansicht zu.

15. Das Kohlenlagern auf öffentlicher Straße will das Amt beilegen. Der Wohlfahrtsverein der Werk, der seinen Mitgliedern in jeder Jahreszeit wagenweise Kohlen vors Haus liefert, sieht hierin eine Unterbindung der gemeinnützigen Einrichtung, da es dem Verein nicht möglich ist, die Kohlen in Säcken zu liefern. — St. M. Sieder empfiehlt dem Magistrat, die Sache zu prüfen und beim Amt zu befragen, daß der Verein wie bisher die Kohlen vors Haus liefern kann. — Ratsherr Hug hält das Kohlenlagern auf den Straßen einer Stadt als eine abänderungsbedürftige Einrichtung.

16. Die Ratten für die elektrische Strom-leitung auf Siebertshagen hätten nach Ansicht der Stadtratsmitglieder von Siebertshagen näher an die Postkammerinfriedigung geleitet werden müssen, um den Verkehr auf dem Trottoir nicht zu erschweren. — Der Bürgermeister bemerkte, technische und ästhetische Gründe seien für die jetzige Stellung der Masten ausschlaggebend gewesen. Doch soll die Sache nochmals geprüft werden.

17. Bezüglich der Anstellung von Nach-wächtern teilte der Bürgermeister mit, daß der Magistrat dem Stadtrat demnach eine neue Vorlage machen werde, in der eine Erhöhung der ausgeleiteten Vergütung für die Nachwächter vorgesehen ist. Es sei auch nicht beabsichtigt gewesen, auf die Schuldener schließlich einen Zwang zur Annahme einer Nachwächterstelle auszuüben. Auch sei es nicht unmahrscheinlich, daß die Stellen nun nochmals zur Verfügung ausgeschrieben werden. — Ratsherr Hug ergänzte die Ausführungen dahingehend, daß von vornherein die Tätigkeit der Nachwächter so geordnet sei, daß diese noch nebenbei von der Gemeindevormalung beschäftigt werden, sofern sie selbst keine private Nebenbeschäftigung haben, so daß ihr Einkommen sich auf 15—1600 M. jährlich stellt. — Der Bürgermeister bemerkte noch, daß er die gleichen Angaben bereits früher in öffentlicher Sitzung gemacht habe.

18. In einer Prozeßsache mit dem Siegfriedsberger Althausen wegen eines Anliegerbeitrages, in der in erster Instanz die Stadt ein obliegendes Urteil errungen hat, soll für die weiteren Instanzen ein Rechtsbeistand genommen werden. — Der Stadtrat stimmte zu.

19. Bezüglich der Heranziehung von Erfah-männern zu den Stadtratsitzungen hat das Ministerium auf eine Eingabe der Stadtverwaltung ent-schieden, daß als Erfahrungsmann jedermann die nachfolgende Person derjenigen Liste heranzuziehen ist, aus welcher der Angeklagte oder Verurteilte hervorgegangen ist.

20. Die Kosten der Malerarbeiten bei der Strandhalle sind um 40 M. überschritten worden. — Der Betrag wurde bewilligt.

21. Die Herstellung von Unteroffiziers-wohnungen wünscht die R. Intendantur. Der Magistrat hat beschloffen, das nötige Land hierzu einem Unternehmer käuflich zu überlassen, der den Bau und Betrieb der Häuser anstelle der Stadt übernimmt. St. M. Andreas ist der Ansicht, daß die Häuser auch in Gemeinderäte hergeleitet und betrieben werden könnten. Nach längerer Debatte stimmte der Stadtrat dem vorliegenden Vertrage mit der Kaiserlichen Intendantur zu, wonach letzterer zehn Häuser mit je zwei vierzimmigen und fünf Häuser mit je zwei dreizimmigen Wohnungen von der Stadt auf die Dauer von mindestens 25 Jahren zum Gesamtmietpreis von 9600 M. jährlich zur Verfügung gestellt werden. Voraussetzung ist, daß Unternehmer freudendahl die Häuser zu dem unverändert festgesetzten Preise baut, sobald der Stadt eine Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe von 7 Proz. garantiert ist. Eine endgültige Entscheidung darüber, ob die Häuser in eigener Regie betrieben werden sollen, wurde noch ausgesetzt. — Die 30 Wohnungen sollen zum Teil noch in diesem Jahre bezogen werden.

22. Ueber den Stand einiger Strah-en-angelegenheiten gab der Bürgermeister lobann Auf-klärung. Bemängelt wurde hierbei auch die Müllabfuhr bei der Heppener Postkammer. Es soll hier Abhilfe geschaffen werden.

23. In vertraulicher Sitzung wurde der Ankauf des Fellschen Hauses an der Wilhelmshavener Straße zu Sparzwecken in zweiter Lesung beschloffen. — Ferner gab der Bürgermeister auf Anfrage Aufschluß über die vom Magistrat beschlossene Wenderung in der Sparfassen-Kanalisation Wilhelmshavener Straße. Der Stadtrat ist hiermit einverstanden. — Dem Zwangsarbeitshaufe wurde ein Mann auf zwei Jahre überlassen, der seine Familie nicht nur großlich vernachlässigt, sondern auch bedroht und in Lebensgefahr bringt.

Tamit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Hochwasser.

Freitag, 11. August: vormittags 212, nachmittags 218

Zur gefäll. Beachtung!

Auch in diesem Jahre wird der unterzeichnete Verlag den seit Jahren eingeführten

Kalender des Norddeutsch. Volksblattes für das Jahr 1912

im Buchhandel erscheinen lassen und als **Gratis-Beigabe** an die Abonnenten herausgeben. Der Kalender wird ebenfalls mit einem **Nachschlage-Buch** verbunden sein. Das Buch wird neben dem Kalendarium etc. Beiträge aus allen Gebieten des öffentlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens enthalten und so für **jedermann** etwas bieten. Ein guter Unterhaltungsteil wird manches auf irgend einem Gebiete des Wissens und der Belletristik bieten.

Der mit dem Kalender verbundene Inseratenteil

bietet für die Herren Geschäftsleute Gelegenheit zu einer **wirksamen Reklame** infolge der guten Verbreitung desselben.

Wir bitten im Interesse einer frühzeitigen Fertigstellung des Kalenders **schon jetzt** um Aufgabe der Inserate. Dieselben werden für **Rüstringen-Wilhelmshaven** von unserm Kassenboten **G. Bosenkamp** und durch unsere Expedition, für **Delmenhorst und Umgegend** von unserm Filial-Expediten **A. Jordan**, für **Oldenburg-Osternburg** von den Herren **Heltmann** und **Krey** entgegengenommen. Auch unsere übrigen Filial-Expeditionen und Anzeigen-Aannahmestellen sind zur Annahme von Kalender-Inseraten gern bereit. Hochachtung

Verlag des Norddeutschen Volksblattes :: Paul Hug & Co.

Achtung! Landtagswähler!

Sonnabend und Sonntag

den 12. und 13. August:

Öffentl. Versammlungen

und zwar:

- In **Osternburg** (Tonhalle) am Sonnabend abend 8 1/2 Uhr. Referent Landtagsabgeordneter Hug aus Rüstringen.
- In **Zweelbake** (unter freiem Himmel beim Kriegerdenkmal) am Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr. Referent Landtagsabgeordneter Schulz aus Rüstringen.
- In **Hatten** (unter freiem Himmel auf dem Marktplatz) am Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr. Referent Landtagsabg. Hug aus Rüstringen.
- In **Bümmersiede** (beim Wirt Plümer) am Sonntag abend 7 Uhr. Referent Landtagsabg. Schulz aus Rüstringen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die bevorsteh. Landtagswahlen u. die Sozialdemokratie.

Freie Diskussion.

In recht zahlreicher Beteiligung ladet freundlichst ein
Das Wahlkomitee.

Ein Verlust führt zur dauernden Verbindung.

— Wir offerieren: —

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel

Marke Walküre

preiswert in prima Ausführung.

Reparatur-Werkstatt und Anfertigung nach Mass.

Trost & Wehlau, Schuhmachermstr.

Rüstringen, Wilhelmshavener Strasse 70.

Wilhelmshaven, Bismarckstrasse 95.

Billet-Blocks

„mit Aufschrift „Einlaßkarte““

nummeriert von 1 bis 500 . . . Preis pro Block 60 Pf.

„mit Aufschrift „Garderobe““

doppelt nummeriert von 1 bis 500, Preis pro Block 75 Pf.

Mit Firmen-Eindruck erhöht sich der Preis eines Blocks um 15 Pf. — Bestellungen nehmen entgegen

Paul Hug & Co., Bant.



Wilhelmshavener Schützen-Verein.

Schützenfest

am 13., 14. und 15. August.

Erster Festtag:

Um 11 1/2 Uhr: **Versammlung** der Schützen (aktiv und passiv) im Vereinslokal (Parkhaus). Präzise 12 Uhr: **Abmarsch** nach Bismarckstr., Gödterstr., Zedlitzstr., Müllerstr., Bismarckstr., Neue Str., Hinterstr., Alte Str., Knorstr., Gödterstr., Hollmannstr., Wallstr., Viktorialstr., Gödterstr. — Rathaus Platz 10 Minuten — Gödterstr., Marktstr., Kleier Str., Peterstr., Uhlendorfer, Bösenstr., Borchumstr., Wilhelmshavener Str., Lindenstr. nach dem Festplatz. — **Feierfest.** Nachmittags: **Volksbelustigungen.** 4 1/2 Uhr: **Konzert** im Konzertgarten des Schützenhofes. Nachmittags von 6 Uhr ab: **Schützenball** im Schützenhof bei doppelt belegtem Orchester. Abends nach Schluß des Schießens: **Umzug über den Festplatz und Proklamation des Königs** im Schützenhof.

Zweiter Festtag:

Nachmittags 3 Uhr: **Volksbelustigungen, Konzert** im Konzertgarten, **Kinder-Vergnügen** und **Kinderball** im Schützenhof. Abends 8 Uhr: **Großer Festball** bei doppelt belegtem Orchester. Essen à la carte.

Dritter Festtag:

Um 1 1/2 Uhr nachmittags: **Versammlung** der Schützen im Vereinslokal (Parkhaus). **Abmarsch** über Hollmannstr., Gödterstr., Marktstr. zum Festplatz. Nach Beendigung des Schießens: **Umzug über den Festplatz und Begleitung des Schützenkönigs** nach dem Schützenhof. Nachmittags: **Volksbelustigungen.** Von 3 Uhr ab: **Konzert** im Konzertgarten. Abends 7 Uhr: **Anfang des Schützenballes** im Schützenhof.

Anmerkung:

Nachmittags im Garten des Schützenhofes: **Konzert** (Entree 10 Pf.). Zu dem Festball am 2. Festtage haben nur Eingeladene Zutritt. Entree zum Schützenball im Schützenhaus am 1. Festtag 30 Pf., am 3. Festtag 10 Pf. Alles andere wird durch Plakate im Schützenhofe bekannt gegeben. Den Anordnungen des Vorstandes und des Vergnügungskomitees ist in jeder Beziehung Folge zu leisten.

Der unterzeichnete Verein beehrt sich, auswärtige Schützen sowie ein verehrliches hiesiges und auswärtiges Publikum hiermit zur Teilnahme am Feste ergebenst einzuladen.

Der Vorstand des Wilhelmshavener Schützenvereins.

Sämtliche Drucksachen fertigt an Paul Hug & Co.

Colosseum :: Rüstringen.
Heute Freitag:

Grosser öffentl. Ball.

Anfang 8 Uhr abends.

Es ladet freundlichst ein

H. Sussbauer.

Neubremmer Ballsaal.

Heute Freitag:

Grosse Tanzmusik

Anfang 8 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Paul Gering.

Vollstheater

Kaiserkrone.

Ab Freitag den 11. August:

Der Glockenguß zu Breslau.

Großes historisches Schauspiel von 1583.

Gastspiel v. Frl. Gerda Werner vom Hoftheater Neustrelitz.

Therese . . . Fräul. Werner. Glockengießer Herr Dir. Dhl.

Entree 30 Pf.

Die Direktion.

Sande.

Schluß des Preisschießens

am Dienstag den 15. August.

Die Preise kommen bestimmt zur Verteilung. Es ladet freundlichst ein

J. B. Rohlf.

Zum grünen Wald

Apjever.

Vom Sonntag den 6. August bis Montag den 21. August:

Grosses Preiskegeln

auf neugelegter Bahn. ::

Zur Verteilung gelangen:

1. Preis . . . 125 Mk.

2. Preis . . . 100 Mk.

u/v. u/v.

Alles Nähere in den Bedingungen. Freunde des Kegelsports ladet höflich ein

Alb. Eden.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Seelen in Amsterdam ist noch nicht beendet. Es befinden sich jetzt annähernd 1500 Seelen im Auslande. Eine „Neutrale Beschönigungs-Kommission“ hat sich gebildet, bestehend aus einflussreichen Personen, die den Versuch einer Vermittlung zwischen den beiden Parteien machen wollen. Dieser Kommission gehört auch der Sozialdemokrat J. M. Witbout an. In einer Versammlung der Streikenden wurde beschlossen, daß die Verharmlosungen von der Kom. Ned. S. Rijsa und die Walter vom Kon. Holl. Lloyd die Arbeit wieder aufnehmen können, da beide Kategorien mit dem eigentlichen Seemannsbetrieb wenig zu tun haben. Die anfängliche Forderung der Hafenarbeiter, daß alle Kontraktarbeiter wieder eingestellt werden müssen, haben die nicht feilen Arbeiter fallen lassen.

Die deutschen Streikbrecher kehren aus Holland zurück. Von den 60 Dampfern, die während des Streiks in Rotterdam ganz oder zum Teil mit deutschen Hinzubereitern besetzt wurden, sind nach Beendigung des Streiks bereits 37 in Rotterdam wieder eingetroffen. Die auf diesen Dampfern gemusterten 297 Mann sind unter Aufsicht der Polizei nach ihrem Vaterland zurückgeführt. Glücklich Deutschland! — Auch aus Amsterdam verdrängen sich die Streikbrecher mehr und mehr über die schwarz-weiße Grenze. Wahrscheinlich werden wir nun bald von neuen Heidentaten dieser kapitalistischen Schutztruppe in Deutschland hören.

Ein Freispruch der Bergarbeiterzeitung. Genosse Wagner, Redakteur der Bergarbeiterzeitung, sollte einige Beamte der Ransfelder Gewerkschaft beleidigt haben, weil er ihnen nachgelagt hat, daß sie sich Holz und andere Verbrauchsgüter aus dem Betriebe der Ransfelder Kupfergrube beschaffen und diese wiederum an andere Arbeiter abgeben. Vor dem Schöffengericht in Gießen, bei dem die Beamten den Genossen Wagner verurteilt hatten, wurde aber tatsächlich festgestellt, daß in einigen Fällen Wagenladungen von Holz für die Beamten unentgeltlich aus dem Betriebe fortgeschafft worden sind. Wenn der Wahrscheinlichkeit damit auch nicht als voll erbracht angesehen wurde, so kam das Gericht doch zur Freisprechung, da dem Genossen Wagner als Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes der § 193 für die nicht als voll erwiesenen Behauptungen zur Seite steht.

Soziales.

Nürtingen, 10. August.

Warnung vor einer Auswanderung nach Brasilien und Argentinien.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Unsere mehrfachen Warnungen, sich durch Ueberredungen zur Auswanderung nach Brasilien oder Argentinien verleiten zu lassen, müssen wir auf Grund uns zugehender Berichte von Genossen, die sich zur Auswanderung entschlossen hatten, dringend wiederholen.

Die übereinstimmenden Klagen der Briefschreiber gehen dahin, daß die Aufschneider, die sich die Auswanderer aus Grund von Darlegungen eines Freibeiters v. Holz und eines Herrn Wrau oder der Genossenschaft südbrasilianische Landgesellschaft und deren Agenten (Wolfram, Bräuner und anderen) bauten, in kurzer Zeit zusammenbrachen. In wenigen Wochen wandert die gesamte Habe auf Nummerwiese ins Leihhaus. Im Arbeiterortel von Buenos Aires (Vosco de Julio) suchen Tausende von Arbeitern vergeblich Arbeit. Wird Lohnarbeit für eine durch den Urwald zu bauende Bahn angenommen, so zeigt sich bald, daß das Holzschälen und Urbarmachen des Waldes äußerst schlecht bezahlt wird. Als Tagelohn erreicht man, wenn man etwa 5–8 Bäume gefällt hat (das Fortschaffen gehört mit zur übernommenen Arbeit), 19 bis 30 Cents, lebt nur vom Wasser und Brot und muß nach höchstens drei Wochen Arbeit, zum Skettel abgemagert, der Wildnis. Wenigen glückt es, auf einer Plantage eine Stellung zu finden, sie gehört zu den besten; der Lohn beträgt bei freier Rente 50–60 Peso monatlich. Die Baustimmen Holzmann, Weib und Freitag lassen erst in Afrika arbeiten. Kommt ein Arbeiter bei der Schulterei auf hohen Lohn, so wird ihm der einsatz gefährt. Ist die Hauptarbeit geleistet, so wird nur Stundenlohn von 40–45 Cents gezahlt. Bei der übergroßen Zahl Arbeitsloser finden sich stets Arbeitskräfte zu diesem völlig unzulässigen Lohn. Die meisten Auswanderer sind nicht organisiert. Wer organisiert ist, findet bei den langsam aufstrebenden Gewerkschaften und im politischen Verein „Vorwärts“ nach Wohlstand Hilfe durch Rat und Tat. Es verdamme niemand, sofort seiner Organisation beizutreten. Die übergroße Anzahl der Einwanderer kommen als unorganisierte „Patrioten“ oder Rothköpfe herüber. Nach den ersten vierzehn Tagen schon erleben sie ihre hochpatriotischen und frommen Väter durch Wehlagen, vier Wochen später hat ihnen der Hunger den letzten Patriotismus ausgetrieben. Als Arbeitslose drücken sie die Zähne in jeder Branche.

Der zweite Transport der Genossenschaft südbrasilianische Landgesellschaft fuhr am 5. April von Amsterdam ab. Die Verpflegung der Kinder war schlecht. Eine Anzahl derselben starb. Von Florianópolis liegt der Stadtplatz der Kolonie noch etwa eine Wochenreise entfernt. Zum Wege der Stadt gebrauchen die im Urwald verstreuten Kolonisten meist 2–3 Tage. Die Agenten deuten die Auswanderer nach dem Bericht arg aus. Ein großer Teil der Auswanderer schwänkte bereits in Florianópolis ab. Der Rest sieht mitummer einem mühsamen, hungerreichen Leben ohne Rechtschutz entgegen. Dringend warnt der Briefschreiber vor der

Auswanderung nach der Genossenschaft südbrasilianische Landgesellschaft.

Die Agenten für Brasilien sind recht rege. Der Agent Leo Wrau fabriziert in einem Vortrag in Buenos Aires nach der Zeitung „Prensa“ von 500 000 Auswanderern aus Deutschland. Tatsächlich erreicht die gesamte Auswanderung Deutscher aus Deutschland auch nicht entfernt diese Zahl. Es betrug die Zahl aller deutschen Auswanderer (über deutsche und fremde Häfen) im Jahre 1891 noch 120 000. Sie sank im Jahre 1892 auf 116 339, im Jahre 1893 auf 87 677, im folgenden Jahr auf 40 964, im Jahre 1895 auf 37 498. Sie ist dann in den Jahren 1897 bis 1901 auf durchschnittlich 22–24 000 gesunken. Im Jahre 1902 stieg sie von 22 073 des Jahres 1901 auf 32 098, 1903 auf 36 310. Sie sank 1904 auf 27 984. Die Jahre 1905 bis 1907 weisen als Auswanderungszahlen auf 28 075, 31 074, 31 696. Das Jahr 1908 mit insgesamt 19 883 Auswanderern zeigt den tiefsten Stand. Im folgenden Jahre wanderten 24 921, im Jahre 1910 25 321 Deutsche aus. Von diesen Auswanderern entfielen im Jahre 1909 367, im Jahre 1910 353 Personen auf Brasilien. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika wanderten in denselben Jahren 19 930 resp. 22 773, nach dem übrigen Amerika 4256 resp. 2184 Personen aus. Wiederholt sei darauf hingewiesen, daß die amtliche Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin, Schellingstraße 4, bereitwillig Auskunft über die Verhältnisse im Ausland erteilt.

Wilhelmshaven, 10. August.

Ueber die Honorierung der Lehrer für Leitung der nichtverbindlichen Leibesübungen der Jugend hat der Kultusminister in einem jetzt ergangenen Erlaß Anstalten ausgesprochen, die in der Lehrerschaft sicherlich mit Befremden aufgenommen werden. Es heißt darin u. a.: „Den beteiligten Lehrern stundenweise die Leitung nichtverbindlicher Leibesübungen der Schulljugend zu vergüten, hat verschleppenderweise zu erheblichen Unzulänglichkeiten geführt. Es empfiehlt sich von dieser Art der Vergütung tunlichst abzugehen; ich trage Bedenken, hierfür weiterhin staatliche Mittel zu gewähren. In erster Linie wird anzustreben sein, daß geeignete Lehrer freiwillig und ohne daß ihnen besondere Vergütungen in Aussicht gestellt werden, diese mit ihrer Berufsarbeit im engsten Zusammenhange stehende Förderung der Schulljugend sich angeeignet sein lassen. Auch kann in Frage kommen, einzelne aus sonst tüchtigen Persönlichkeiten, die sich auf dem in Frage kommenden Gebiet besonders hervorgetan haben, in geeigneter Weise auszuzeichnen, zu befördern usw. In ähnlicher Weise ist bezüglich der Mitarbeit von Lehrern und Lehrkräften aus dem Gebiete der Jugendpflege zu verfahren.“ — Also „Auszeichnung“ und „Beförderung“ ist die neueste Bezahlung des preussischen Kultusministers für patriotische Dienste der Lehrer. Und wer nicht mitmacht — wehe diesem!

Aus dem Lande.

Zeitz, 10. August.

Leuchtfener Wangerooze. Um den Zeitpunkt für das Ein- und Aussteigen aus der Rührfeuerlinie Schillighorn zu kennzeichnen, wird in den nächsten Tagen der von 200 Grad rechtwinklig über West bis 298 Grad rechtw., reichende weisse Dreiecksfleck des Leuchtturmes Wangerooze von rd. 276 Grad bis rd. 298 Grad als roter Dreiecksfleck mit der bisherigen Benennung — Wülggruppen von drei Wülgern, Wülg 1 Sekunde, Folge 2 Sekunden, lange Pause 5 Sekunden, Wiederkehr 10 Sekunden — eingerichtet werden.

Barel, 10. Juli.

Ein echt schillernder Schwindel ging vor einiger Zeit durch die bürgerliche Presse und fand auch im „Gem.“ Aufnahme. Es hieß, daß durch den Abgeordnetenrat des deutschen Reichsbundes folgender Antrag angenommen sei: „Der Bundesrat beauftragt den Vorstand mit der Ausarbeitung eines Projektes für die Errichtung einer Versicherung- und Hilfskasse für die durch den Terrorismus der Sozialdemokratie geschädigten Rammaden-Arbeiter und mit der Vorlegung dieses Projektes auf dem nächsten Bundesrat.“ Durch diese Auslassung soll der Glaube erweckt werden, als wenn die biden Sozialdemokraten und roten Gewerkschaftler die armen Riegerevereinsmitglieder terrorisierten und demnach schädigten, daß um diese Schädigung von den „Rammaden-Arbeitern“ abzuwehren, der deutsche Riegerebund sogar eine Versicherungs- und Unterstützungskasse einrichten muß. Und eine solche durchaus unwahre und unethische Kampfesweise unterstützen die bürgerlichen Blätter, unterstützt der „Gem.“, obgleich es aller Welt bekannt sein muß, wie der deutsche Riegerebund seine Arbeitermitglieder oder wie es eben heißt: die „Rammaden-Arbeiter“, terrorisiert, damit sie ihren Austritt aus den freien Gewerkschaften vollziehen. Man entrückt sich eben auf unethischer Art über den angeblichen roten Terror, um den eigenen Terror gegen die „Rammaden-Arbeiter“ zu verbergen.

Oldenburg, 10. August.

Engländer auf dem Scheidenstande. Am Dienstag, nachmittags gegen 6 Uhr, wurde auf den Schießständen des hiesigen Schützenvereins während des Schützenfestes der Unteroffizier Peters vom hiesigen Infanterieregiment Nr. 91, der als Schreiber tätig war, von einer Wollkugel getroffen. Peters war nach wenigen Augenblicken eine Leiche. Der unglückliche Schütze, der Goltwitz Brand aus Oldenburg, befand sich auf dem Nebenständerstande, welcher durch eine Bretterwand getrennt ist. Er wurde von dort abgerufen und trat dabei seine Wollkugel auf eine Bank. Dabei

entlief sich der Schuß. Die Kugel drang durch die Bretterwand dem Unteroffizier Peters in den Leib und verursachte so den Tod desselben. Das Schießen wurde sofort abgebrochen.

Oldenburg, 10. August.

Eine öffentliche Landtagswählerversammlung wird auf Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, nach der Tonhalle einberufen. Das Referat hat Landtagsabgeordneter Hug abgenommen. Den Gegnern wird weitgehendste Redefreiheit zugesichert.

Esleth, 10. August.

Die Herren Arbeitswilligen unter sich. Welcher Art die Arbeitswilligen sind, beweist ein Vorfall, der in der letzten Zeit auf der hiesigen Imprägnieranstalt vorgekommen ist. Bekanntlich wurden im Februar d. J. die im Transportarbeiter-Verband organisierten Arbeiter aus nützigen Gründen ausgesperrt und dafür christlich-organisierte Arbeiter eingestellt. Wie sich nun diese Brüder in Christo vertragen, kann man daraus sehen, daß einer dieser Herren seinem Kollegen den Chlopf in einer Weile verunreinigte, wie es sich schriftlich nicht wiedergeben läßt, man kann nur andeuten, daß der christliche Arbeiter den Chlopf seines Kollegen mit einem anderen Topfe abschließend verwechselte. Wie wir hören, wird diese „reinecke Angelegenheit“ noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Mein Haus ist ein Bethaus, kein Kaufhaus. Bekanntlich gehört es zum guten Lohne der Bessergestellten, sich einen Kirchenpfund zu kaufen (auch wenn sie ihn nicht benötigen), diesen unter Beischlag zu legen, damit kein Unbefugter ihn benutzen kann. Um den Kirchenbesuch zu heben, wendet sich nun der Kirchenrat an diese Leute mit der Bitte um Freigabe ihrer gekauften Stühle. Wie sind gespannt, ob diese frommen Christen ihren Sitz im „Haus des Herrn“ zur Benutzung ihrer ärmlichen Mitbrüder abtreten oder ob sie auf ihr durch Kauf erstandenes Recht pochen.

Helsland, 10. August.

Ein schweres Brandunglück hat sich am Mittwoch, morgens zwischen 3 und 4 Uhr, auf dem Unterlande ereignet. Einem aus bisher unbekannter Ursache ausgebrochenen Schadenfeuer fielen die Bäckerei von Eilers und das daneben liegende Hotel „Berliner Hof“ zum Opfer. Drei Personen wurden dabei verletzt, eine Person so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Aus aller Welt.

Edison verspricht wieder vieles. Aus London wird gemeldet: Edison ist in Liverpool angekommen, um einige Zeit mit seiner Familie in Wales und England Automobilreisen zu unternehmen. Er äußerte einem Journalisten gegenüber, daß sein für Automobile, Eisenbahnen und Schiffe verwendbarer Akkumulator jetzt, nachdem er Nickel statt Blei und eine Lösung von tohlenlaurem Kali statt Schwefelsäure verwende, nicht schwerer als die Petroleumlampen sei. Die Kosten seien reduziert und betrügen durchschnittlich nur einen Schilling auf hundert Meilen. Edison sprach sich auch über seinen neu erfundenen Kinetographen aus. In kurzer Zeit würden seine Fabriken die Theater der ganzen Welt mit Filmen und Bildern versehen, auf denen die sich bewegenden Figuren laut sprechen würden.

Folgen der Hitze. Die Bürgermeisterei von Montabaur (Regierungsbezirk Wiesbaden) gibt bekannt, daß infolge des durch die große Hitze verursachten geringen Wasserbestandes die Benutzung von Leitungswasser zum Begießen von Feld- und Gartenfrüchten, sowie zum Besprengen von Straßen und Gassen verboten ist. Auch zu Braugewerben und in gewerblichen Betrieben soll der Wasserverbrauch nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

In Österreich und Ungarn beginnt die Hitze und Trockenheit katastrophal zu werden. Die Obst- und Ackerkulturen gelten als vollständig verloren, wenn das Wetter sich nicht binnen kurzem ändert. In eine Kletterung des Wetters ist jedoch nach dem Ausspruch der Meteorologen noch nicht zu denken.

Verheerende Großfeuer. Großfeuer vernichtete in Zittau zwei Lagerhäuser der Baumwollabspinnerei Tichauer. Der Brandschaden beträgt 100 000 Mk. — In Bayreuth wurden die Sägemühle und Möbelschleiferei Schuster nebst Wohnhaus, die Holzhalerei und das angrenzende Bauener Industriegebiet vernichtet. Der Schaden beträgt annähernd 300 000 Mk. — In Hermsdorf (Sachsen) brannten beide Schulen und die evangelische Kirche ab. — Wahrscheinlich durch Fahrlässigkeit brannte der Dachstuhl des Roonbischen Hotels in Ostrow ab. Die schlafenden Dienstmädchen Katarina Pawlowa und Hedwig Jungsong kamen in den Flammen um. — Im Südpfaff (Bayern) ist ein großer Waldbrand ausgebrochen. Das Franziskanerkloster Engelsberg ist bedroht.

Die Cholera in Frankreich. Pariser Blätter melden aus Marseille, daß im dortigen Irrenhause 27 Cholexafälle vorgekommen sind, von welchen 12 tödlich verliefen. Auch in der Türkei greift die Cholera weiter um sich.

Ausflügler!

Recht nur bei denjenigen Gastwirten ein, welche auf das

„Norddeutsches Volksblatt“

abonniert haben, in ihren Lokalen auslegen und in demselben inserieren!

